

Die Asiatisch-Pazifische Region und die VR China als zentrale Herausforderungen für die Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umbach, F. (2005). Die Asiatisch-Pazifische Region und die VR China als zentrale Herausforderungen für die Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. In S. Böckenförde (Hrsg.), *Chancen der deutsche Außenpolitik: Analysen - Perspektiven - Empfehlungen* (S. 177-187). Dresden: TUDpress. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-131521>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Frank Umbach

DIE ASIATISCH-PAZIFISCHE REGION UND DIE
VR CHINA ALS ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN FÜR
DIE DEUTSCHE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

I.

Zugegebenermaßen war die deutsche Außenpolitik der vergangenen Jahre mit einer Vielzahl von neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert, die nur wenige Experten und Kommentatoren antizipiert hatten. Die Großbaustellen von EU- und NATO-Erweiterung und -Vertiefung, der verstärkte Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebietes bis hin zu Kampfeinsätzen und die Suche nach adäquaten politischen Antworten auf die Herausforderungen des internationalen Terrorismus hätte wohl jede Bundesregierung vor erhebliche Probleme gestellt. Dennoch wird die historische Bilanz der Außenpolitik Schröders und Fischers für die zweite Ära ihrer Amtszeit wohl erheblich kritischer ausfallen als jene für die ersten vier Jahre. Dies gilt nicht nur für den Zustand der transatlantischen Beziehungen, sondern vor allem auch hinsichtlich des Stiles nach innen und außen sowie hinsichtlich der Gestaltung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses unter der Ägide des Kanzleramtes.

Während die wirtschaftliche Fundierung eines selbstbewussteren Deutschlands immer mehr schwindet – dies gilt sowohl im EU-Kontext wie global –, schien die Außenpolitik des Kanzlers ab 2002 immer lautstarker zu werden. Diese Art von »Megafon-Diplomatie« – wie sie nicht nur vor und während des Irak-Konfliktes zu beobachten war –, bildete einen auffälligen Bruch in der Kontinuität deutscher Außenpolitik nach 1945, entfremdete Deutschland besonders bei seinen kleineren EU-Nachbarstaaten und spaltete statt einte die EU auf ihrem Weg zu einer *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)*. Je mehr »ökonomische Schwindsucht« zu konstatieren war, umso forscher wurden die Töne für einen »Dialog auf Augenhöhe« mit den USA. Dies grenzt selbst im Fall der EU noch immer an leichten Größenwahn, wenn man die intellektu-

ellen, wirtschaftlichen oder gar militärischen Fähigkeiten einer wirklich globalen Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der EU im Vergleich mit jenen der USA (ungeachtet ihrer weltweiten Legitimationsprobleme) in Rechnung stellt. Hierzu bedarf es vor allem eines politischen Willens, die Rolle einer globalen Ordnungsmacht anzunehmen, und entsprechender Übernahme von globaler politischer Verantwortung für regionale wirtschaftliche und politische Stabilität im Weltmaßstab.

Dies soll aber nicht heißen, dass Deutschland sich nicht um eine globale Außen- und Sicherheitspolitik bemühen muss. Tatsächlich kann Deutschland sich als europäische Mittelmacht, die zugleich Exportweltmeister ist und damit weltweit mehr als jedes andere Land vom Export und damit wiederum von der politischen Stabilität in anderen Ländern sowie Regionen abhängig ist, nicht enthalten, zumal selbst geographisch und psychologisch entferntere Bedrohungsfaktoren auf Deutschland direkt und indirekt Auswirkungen haben. Doch gilt es bei der Ausrichtung der deutschen Außenpolitik im globalen Kontext stets, Anspruch und Wirklichkeit im Auge zu behalten, ohne dabei gravierende Widersprüchlichkeiten zu schaffen, wie sie vor allem auch für die doppelbödige Menschenrechtspolitik Schröders und Fischers charakteristisch sind. Darüber hinaus ist es bezeichnend für das mangelnde Verständnis der Bedeutung der Außenpolitik auch für die Wirtschaftspolitik und den Einfluss Deutschlands auf regionaler und globaler Ebene, wenn die drei Ministerien mit internationalen Aufgaben (Auswärtiges Amt, Verteidigungsministerium und Entwicklungszusammenarbeit) heute nur noch etwa zwölf Prozent (gegenüber 20 Prozent im Jahr 1991) der Bundeshaushaltsmittel zur Verfügung haben. Dies widerspricht nicht nur der gestiegenen und selbst reklamierten größeren Übernahme internationaler Verantwortung, sondern auch unseren wirtschaftlichen Interessen als Exportweltmeister, dessen Status und Zukunft auch von einer entsprechenden außenpolitischen Unterfütterung abhängig sind.

II. Die Frage der Aufhebung des Rüstungsembargos gegenüber China – Widersprüche und Dilemmata

Kaum eine andere außenpolitische Frage der letzten Jahre hat die Herausforderungen und zugleich das Dilemma des Selbstverständnisses

deutscher Außenpolitik unter Bundeskanzler Gerhard Schröder so offen gelegt und ist so exemplarisch für den Stil sowie sein Selbstverständnis von Außenpolitik gewesen wie die Frage der Aufhebung des Rüstungsembargo von 1989 gegenüber der VR China.¹ Zugleich hat sie das zentrale Problem der China- und Asienpolitik aufgeworfen, inwieweit die Interessen Chinas gegenüber jenen seiner Nachbarstaaten ausbalanciert werden müssen. Dies aber setzt eine klare Interessendefinierung auf Seiten Deutschlands voraus, an der es bisher mangelt – auch wenn das Auswärtige Amt mit seinen subregionalen Asienkonzepten hierbei bisher wichtige Vorarbeit geleistet hat,² die jedoch nicht als Konzeptpapiere der gesamten rot-grünen Regierung verabschiedet wurden.

Zusammen mit Frankreich war der Bundeskanzler ab Oktober 2003 vorgeprescht und hatte sich persönlich für die Aufgabe des Rüstungsembargos aus dem Jahr 1989 eingesetzt. Dabei war die Politik zur Aufhebung des EU-Rüstungsembargos gegenüber China durch folgende Widersprüche und Fehler sowohl in der Ausrichtung als auch im Entscheidungsprozess selbst charakterisiert:

(1) Zum einen handelte es sich bei der Frage wieder einmal um eine Ad-hoc-Entscheidung des Bundeskanzlers, bei der vorab das Außenministerium nicht konsultiert worden war. Fischer wiederum hatte die Richtlinienkompetenz bei Fragen, die China und Russland betreffen, ohnehin dem Kanzleramt überlassen, obwohl dieses keine vergleichbare Expertise und Kompetenz zu Asien und China hat bzw. haben kann. Außenminister Fischer wiederum, der sich auf EU-Politik und den Nahen sowie Mittleren Osten und neuerdings Afrika konzentriert, hatte hierbei die objektiven staatspolitischen Interessen weitgehend ignoriert. So ist z. B. die Vernachlässigung, mit der das Außenministerium die asiatisch-pazifische Region (im Vergleich zu Afrika) als dem eigentlichen globalen ökonomischen Wachstumsmarkt für Deutschland als Exportweltmeister behandelt, kaum zu verstehen, zumal die asiatisch-pazifische Region auch diejenige Weltregion – neben dem Mittleren Osten – ist, wo die globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen am größten sind. Dies gilt sowohl für die militärischen als auch nichtmilitärischen Sicherheitsherausforderungen. Noch nie in der Weltpolitik ist der Aufstieg einer zukünftigen Weltmacht wirklich friedlich verlaufen. Asien muss sogar den Aufstieg von zwei zukünftigen neuen Großmächten – China und Indien – verkraften, während die dritte Großmacht, Japan, ihre

traditionelle Zurückhaltung und militärpolitische Beschränkungen zunehmend aufgibt. Dabei ist in vielen ostasiatischen Staaten (einschl. der genannten drei regionalen Großmächte) häufig ein virulenter Nationalismus zu beobachten, der nicht selten offene, wenn nicht gar aggressive Züge annimmt.

(2) Als Kritiker des amerikanischen Unilateralismus praktizierte das Kanzleramt »auf hohem Ross« bei dieser zentralen außenpolitischen Frage nicht nur einen Unilateralismus innerhalb der eigenen Regierung, sondern auch gegenüber den anderen EU-Partnern, die vorab ebenso nicht konsultiert worden waren. Insofern ist die Kritik der Bundesregierung an unilateralistischen Tendenzen in den USA zwar durchaus verständlich, aber nicht nur aus Sicht Amerikas politisch wenig glaubwürdig, solange ihre Politik selbst von derartigen unilateralistischen Tendenzen (vor allem in der EU-Politik) geprägt ist.

(3) Eine Aufhebung des Rüstungsembargos war von Beginn an innerhalb der EU höchst umstritten, und es war unsicher, ob die Politik Deutschlands und Frankreichs jemals von allen EU-Staaten unterstützt und mitgetragen würde. Dies gilt umso mehr, als vor allem die neuen osteuropäischen EU-Staaten traditionell auf die amerikanischen Sicherheitsinteressen in anderen Teilen der Welt stärker Rücksicht nehmen würden, wie bereits der jüngste Irak-Konflikt gezeigt hatte. Wie bei anderen zentralen EU-Fragen zeigt sich hierbei einmal mehr, dass eine »deutsch-französische Achse« als zukünftiger Motor der EU-Integration und bei außenpolitischen Richtungsentscheidungen (vor allem, wenn sie gegen die USA gerichtet sind) nicht länger ausreichend ist. Zudem hat Deutschland hierbei – wie so oft während der letzten Jahre – versäumt, im nationalen Eigeninteresse frühzeitig die kleineren EU-Staaten einzubinden, um so deutsche Interessen mehrheitsfähig zu machen.

(4) Die politische Entscheidung zur Aufhebung des Rüstungsembargos war auch hinsichtlich des Zeitpunktes umso überraschender, als die deutsche Politik ab Herbst 2003 zugleich bemüht war, eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen anzustreben. Stattdessen folgte sie wieder einmal ab Januar 2003 einem Vorpreschen der französischen Politik, die durch rüstungswirtschaftliche und außenpolitische Interessen geprägt sowie an einer eher antagonistischen gegen die USA gerichteten »Multipolaritäts«-Politik der Weltordnung orientiert ist. Doch selbst das Kanzleramt hat aus gutem Grund den in Paris, Moskau und vor allem Pe-

king außenpolitisch belasteten Begriff der Multipolarität bewusst gemieden und sich stattdessen am Strategie- und Ordnungsprinzip des Multilateralismus orientiert. Gleichwohl hat sich die deutsche Außenpolitik auf Betreiben der französischen Regierung für eine Achsenbildung Paris-Berlin-Moskau-Peking als illusionärem Gegenpol zu den USA erwärmen lassen, die nicht nur in Washington auf Argwohn stoßen und zu einer Verhärtung der bilateralen Beziehungen führen musste, sondern auch bei vielen unserer europäischen Nachbarstaaten kein Verständnis fand und eine offene Gegenmachtbildung innerhalb Europas provozierte.

(5) Eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen war dabei jedoch nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen unausweichlich, sondern auch, weil unter Bundeskanzler Schröder die Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat zur absoluten Priorität deutscher Außenpolitik er- und verkündet wurde. Daher wurde von deutscher Seite in den Verhandlungen mit China zur Aufhebung des Rüstungsembargos auch nur die Unterstützung Pekings für eine deutsche Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat zur Bedingung gemacht, während die langfristigen außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands und der EU vor dem Hintergrund der gesetzten Prioritäten auf dem Altar des ständigen UN-Sicherheitsratssitzes kurzfristig geopfert wurden.

Dabei war von Beginn an zu erwarten, dass eine solche Unterstützung für eine ständige deutsche Mitgliedschaft durch China unsicher sein würde, wie die chinesischen Erklärungen anlässlich des Besuchs von Italiens Ministerpräsident Berlusconi noch im Herbst 2003 deutlich machten. Bis heute hat sich die chinesische Regierung trotz der Erklärungen von Bundeskanzler Schröder für eine Aufhebung des Rüstungsembargos von 1989 nicht zu einer Unterstützung Deutschlands für einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat durchgerungen. Der Grund hierfür ist dabei weniger in der fehlgeschlagenen Politik Schröders innerhalb der EU zu suchen, sondern vor allem in dem gemeinsamen Gesuch Japans mit Deutschland, Indien und Brasilien (der Viergruppe G₄), einen solchen Sitz mit Zweidrittelmehrheit (128 Stimmen und den fünf Stimmen der ständigen Mitglieder USA, Russland, China, Frankreich und Großbritanniens) in der UN-Vollversammlung zu erlangen.

Doch auch dies war alles andere als überraschend. Mit der seit Jahren zu beobachtenden Verschlechterung der chinesisch-japanischen Beziehungen sind die Aussichten auf eine Unterstützung Pekings für eine

deutsche Mitgliedschaft in einem zukünftigen UN-Sicherheitsrat mehr denn je in die Ferne gerückt. Inzwischen hat China eine Unterstützung des Vorschlages der Vierergruppe sogar offiziell abgelehnt. Darüber hinaus hat auch die Bush-Administration die offene diplomatische Konfrontationspolitik der deutschen Regierung in Berlin, dem traditionell Verbündeten Washingtons, nicht vergessen und inzwischen ebenfalls die Unterstützung für eine ständige deutsche Mitgliedschaft verweigert. Damit hat sich die deutsche Diplomatie gleich mehrfach in die außenpolitische Isolation manövriert.

Darüber hinaus fragt sich nicht nur der ausländische Beobachter deutscher Diplomatie, inwieweit eine Regierung, die noch vor den Wahlen 2002 mit Nachdruck die Auffassung vertrat, dass sich Deutschland – was immer auch der UN-Sicherheitsrat beschließen werde – an keinen militärischen Zwangsmaßnahmen gegenüber dem Irak beteiligen werde (obwohl dies die UN-Charta in Kap. 7 ausdrücklich vorsieht), sich zwei Jahre später ernsthaft um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat bewerben und so zukünftig mehr weltpolitische Verantwortung übernehmen könne.

(6) Kennzeichnend für die Politik des Kanzleramtes war zudem, dass sie die zentralen amerikanischen Sicherheitsinteressen in Asien offenbar völlig übersehen bzw. zumindest unterschätzt hatte. Auch dies ist insofern unverständlich, als die mit der Aufhebung des Rüstungsembargos im Zusammenhang stehende Taiwan-Frage und die zentralen US-Sicherheitsinteressen in der asiatisch-pazifischen Region seit Ende der 90er Jahre bereits stetig an Bedeutung in der globalen strategischen Ausrichtung der amerikanischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewonnen hatten. Daher war bereits vor dem Amtsantritt der Bush-Administration im Januar 2001 erkennbar, dass die zukünftigen transatlantischen Beziehungen nicht mehr durch die traditionellen Fragen (NATO, transatlantische Handelspolitik) determiniert sein würden, sondern durch die sozio-ökonomischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen im Größeren Mittleren Osten und in Ostasien (insbesondere durch China).

(7) Zugleich wurde mit dem Vorpreschen des Bundeskanzlers bei der Frage des Rüstungsembargos der wichtigste politische Kooperationspartner und traditionelle Verbündete Deutschlands in Ostasien, Japan, vor den Kopf gestoßen. Folglich war Japan auch der einzige Partner Deutsch-

lands in Asien, der – für die japanische Diplomatie eher ungewöhnlich – wiederholt und mit Nachdruck die Aufhebung des Rüstungsembargos offiziell politisch verurteilt. Allerdings haben auch zahlreiche andere asiatische Partner Deutschlands ihre Besorgnisse und ihr Unverständnis gegenüber dieser deutschen Politik intern geäußert, ohne dass dies in die Öffentlichkeit kolportiert wurde. Bezeichnend ist in diesem Kontext auch, dass die wochenlangen politischen Demonstrationen in China gegenüber der mangelnden Geschichtsaufarbeitung in Japan im Frühsommer 2005, von der Regierung in Peking gefördert und stets politisch kontrolliert, von der deutschen Seite in keiner Weise kritisch kommentiert wurden, obwohl gerade China seine eigene Geschichte (vor allem nach 1945) viel weniger als Japan aufgearbeitet und diese Frage bereits in der Vergangenheit wiederholt innen- sowie außenpolitisch instrumentalisiert hat. Während ernsthaft niemand heute Japan eine erneute Aggressionspolitik unterstellt, so bestehen hinsichtlich der Politik Chinas (man denke an Taiwan) erheblich mehr Bedenken.

(8) Erstaunlich war das Vorpreschen des Bundeskanzlers aber auch unter innen- und parteipolitischen Gesichtspunkten, weil er in seiner eigenen Partei und bei dem Koalitionspartner, den Grünen, auf massive Kritik stoßen musste und bei dieser Frage nicht einmal die Mehrheit in der eigenen Fraktion hatte. Der Hinweis des Kanzlers auf seine Richtlinienkompetenz auch bei außenpolitischen Fragen ist zwar formal verfassungsrechtlich zutreffend, aber politisch kurzsichtig, als er die inhaltliche Diskussion scheute und die vorgebrachten Rechtfertigungsargumente für die Aufhebung des Rüstungsembargos von Beginn an wenig überzeugend waren.

III. Grundlegende Fragen der asiatischen Herausforderungen und Aufgaben für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

Im Wesentlichen lässt sich das Selbstverständnis der China- und Asienpolitik von Bundeskanzler Schröder auf eine Außenhandelspolitik reduzieren. Weitergehende außen-, sicherheits- oder gar ordnungspolitische Vorstellungen, wie sie das Auswärtige Amt oder die EU zumindest deklaratorisch statuiert haben, wurden im Kanzleramt ebenso ignoriert wie jene Washingtons. Hierbei rächt es sich, dass die subregionalen Asi-

enkonzepte des Auswärtigen Amtes nicht innerhalb der Regierung konsensual abgestimmt und als gemeinsame Regierungspolitik, die von allen Ministerien getragen wird, verabschiedet worden waren. Dies war mit dem ersten Asien-Konzept der Regierung Kohl von 1993 noch anders gewesen und wäre gerade vor dem Hintergrund der Vertiefung und Erweiterung des interregionalen Beziehungsgeflechtes zwischen Deutschland und der EU sowie Asiens notwendiger denn je gewesen.

Vor diesem Hintergrund ist die Debatte über die Aufhebung des EU-Rüstungsembargos gegenüber China zumindest in einer Hinsicht sehr lehrreich: nämlich als Lehrbeispiel, wie deutsche Außenpolitik nicht gestaltet werden sollte. Dabei sollten folgende Gesichtspunkte beachtet werden:

(1) Die politische Rücksichtnahme auf die Interessen anderer EU-Staaten und generelle politische Zurückhaltung im Rahmen der Kontinuität deutscher Außenpolitik ist kein Widerspruch zur klaren Definierung nationaler außen- und sicherheitspolitischer Interessen in der asiatisch-pazifischen Region. Das Bundesverteidigungsministerium ist z. B. gegenwärtig dabei, engere militärpolitische Beziehungen mit zwei bis drei ASEAN-Staaten aufzunehmen. Dies setzt eine entsprechende Definierung der deutschen außen- und sicherheitspolitischen Interessen in Südostasien voraus. Bisher hat aber nur das Auswärtige Amt eine solche Definition konkret vorgenommen und dabei im Wesentlichen EU-Position einbezogen; hier ist jedoch auch die Berücksichtigung der militärpolitischen Dimensionen notwendig. Zu diesem Zweck wurde in Bangkok eine Regionalkonferenz des Bundesverteidigungsministeriums mit allen Militärattachés aus der Region abgehalten; dabei wurde versucht, diese Interessen spezifisch für das Verteidigungsministerium zu konkretisieren. Eine unabhängige Studie, die derzeit der Autor dieses Textes im Auftrag des BMVg verfasst, wird die in Bangkok erstellte Analyse ergänzen und vertiefen. Eine derartige Konkretisierung der außen-, sicherheits- und auch verteidigungspolitischen Interessen als Teil einer auch neu zu definierenden Staatsräson im Zuge der Globalisierung von Sicherheitspolitik und einer globaleren Ausrichtung der europäischen *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* der EU ist überfällig, aber keineswegs bisher als selbstverständlich anzusehen.

Zu den zu berücksichtigenden Faktoren zählen auch die wirtschaftlichen und außenpolitischen Auswirkungen, die die gewaltige Ener-

gienachfrage aus China, Indien und anderen asiatischen Staaten für Europa und besonders Deutschlands besitzen, das seinerseits bei diesen Fragen noch immer allein den »globalen Marktkräften« vertraut und die sich verändernden politischen Rahmen- und Bedingungsfaktoren nicht wirklich wahrnimmt. Dementsprechend wird dem Ziel der Versorgungssicherheit trotz der Mahnungen von EU, der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris, der US-Energy Information Administration (EIA), des Weltenergieerats (WEC) und zahlreicher internationaler Experten noch immer nicht die gebührende Aufmerksamkeit zuteil, die ihr objektiv zukommt. Stattdessen ist gerade auch bei diesen Fragen ein erschreckender deutscher Provinzialismus sowohl innerhalb der politischen Elite als auch in Teilen der Wirtschaft zu konstatieren.³

(2) Es gibt einen übertriebenen Glauben an europäische Erfahrungen und Konzeptionen, die entsprechend oft unkritisch und ohne Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Kulturen auf andere Weltregionen übertragen werden. Ein Beispiel dafür ist jene Konzeption, die oft mit »Wandel durch Handel« umschrieben wird: Dabei ist aber die Überwindung der Periode des »Kalten Krieges« in Europa nicht allein auf die OSZE und verstärkte wirtschaftliche Kontakte zwischen Ost und West zurückzuführen, sondern diese waren zugleich eingebettet in eine duale Strategie von militärischer Abschreckung auf der einen Seite und politisch-wirtschaftlicher Entspannungspolitik auf der anderen Seite. Darüber hinaus lehren gerade die gegenwärtigen bilateralen Beziehungen zwischen China und Japan sowie zwischen China und Taiwan, dass trotz beeindruckender wirtschaftlicher Interdependenzen diese nicht überbewertet werden dürfen und keineswegs den in Europa oft unterstellten determinierenden Charakter haben. Bisher jedenfalls kann den gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten nur eine begrenzende Funktion hinsichtlich der Ausrichtung der Außenpolitik zugeschrieben werden.

Darüber hinaus hat die Debatte über die Aufhebung des Rüstungsembargos der EU gegenüber China vor allem zwei grundlegende Dilemmata aufgezeigt:



(1) Zum einen müssen die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein besseres Gleichgewicht bei der Beachtung der Interessen Chinas und der anderen asiatischen Staaten anstreben und bei der Konkretisierung ihrer »strategischen Partnerschaften« mit asiatischen Staaten nicht nur die wirtschaftlichen Interessen, sondern auch den im

Grundgesetz verankerten freiheitlich-demokratischen Wertekanon beachten;

(2) zugleich muss eine kohärentere GASP vor allem gegenüber China implementiert werden, damit Peking nicht wie in der Vergangenheit die einzelnen EU-Staaten weiterhin gegeneinander ausspielen kann. Dies fällt Peking umso leichter, je stärker sich die nationalen Eigeninteressen der einzelnen EU-Staaten gegenüber der GASP der EU durchsetzen und je einseitiger sich die China-Politiken der jeweiligen EU-Staaten auf wirtschaftliche Kooperationen verengen und einen gesamtstrategischen Ansatz von globaler Ordnungspolitik für die asiatisch-pazifische Region vermissen lassen. Die notwendige Strategieentwicklung im Rahmen der GASP aber kann im politischen Eigeninteresse Europas und der zukünftigen politischen Stabilität Asiens nicht gegen, sondern nur mit den USA geschehen, ohne dass dies freilich unterschiedliche politische Auffassungen von vornherein ausschließt. Die großen sicherheitspolitischen Herausforderungen (einschl. nicht-militärischer Art) auf globaler Ebene können weder die USA noch die EU allein bewältigen. Insoweit ist politischer Realismus oberstes Gebot einer langfristig strategisch orientierten Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands, die zukünftig mehr denn je die komplexen globalen Dimensionen berücksichtigen muss. Daher muss der Begriff der »Globalisierung« auch außen- und sicherheitspolitisch mehr als eine politische Sprechblase bilden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Umbach, Frank (2005). »Strategische Partnerschaft oder multilateraler Kotau? Die EU-China-Beziehungen und die Aufhebung des Embargos«, in: Internationale Politik (IP), 3/2005, S. 70–77, und ders. (2004). »Testimony and Prepared Statement on »Perspectives on EU-China Security Relations, the Arms Embargo and Taiwan«, in: US-China Economic and Security Review Commission (Hg.). Symposia on Transatlantic Perspectives on Economic and Security Relations with China. One Hundred Eighth Congress, Second Session, Brussels, 30 November and Prague, Czech Republic, 2 December 2004. Washington: US Government Printing Office, S. 82–88. http://www.uscc.gov/hearings/2004hearings/transcripts/04_11_30_transcript.pdf.
- 2 Vgl. die Web-Seite des Auswärtigen Amtes und die dort zu findenden subregionalen Ostasienkonzepte (http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussepolitik/regionalkonzepte/asien/index_html).
- 3 Vgl. Umbach, Frank (2004). »Sichere Energieversorgung auch in Zukunft: Die Not-



wendigkeit einer europäischen Strategie«, in: IP 8/2004, S. 17–28, und ders. (2004).
»Global Energy Supply and Geopolitical Challenges«, in: Godement, François, Fran-
çoise Nicolas und Taizo Yakushiji (Hg.). Asia and Europe: Cooperating for Energy
Security. A Council for Asia-Europe Cooperation (CAEC)-Task Force Report. Paris,
S. 137–168.